

Stellungnahme des Universitätskollegiums der Wirtschaftsuniversität Wien zum Entwurf eines "Universitätsgesetzes 2002"

Die WU fordert seit langem, dass Universitäten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der dort festgelegten Ziele und Aufgaben ihre Lehr- und Forschungsleistungen selbstbestimmt, weisungsfrei und unabhängig von einzelfallbezogener staatlicher Einflussnahme erfüllen können und dass universitäre Entscheidungen von Universitätsorganen getroffen werden. Die WU unterstützt daher Reformschritte in diese Richtung.

Der vorliegende Gesetzesentwurf trägt dem nicht Rechnung. Er will die Selbstverwaltung der Universität weitgehend beseitigen, den ministeriellen Einfluss auf die Universitäten ausbauen und inneruniversitäre Entscheidungsprozesse effizienzgefährdend zentralistisch ausgestalten. Zusätzlich nimmt er den Universitäten zentrale Möglichkeiten eigenverantwortlichen Handelns, indem er die Finanzausstattung der Universitäten trotz der durch die Ausgliederung zusätzlich auferlegten finanziellen Belastungen noch beschneidet.

Daher lehnt das UK der WU den Gesetzesentwurf in der vorliegenden Form ab.

Wien, 17. April 2002

Univ.Prof. Dr. Michael Holoubek

(Vorsitzender des Universitätskollegiums)